INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 31. Jänner 2011 Nr. 03/11

INNENPOLITIK

100 Jahre Bruno Kreisky: Festakt in der Wiener Hofburg
Neujahrsempfang der Bundesregierung
Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz für mehr Einkommenstransparenz
ÖsterreicherInnen bei Freiwilligenarbeit im europäischen Spitzenfeld

EUROPA INTERNATIONAL

Regierungsspitze bei Weltwirtschaftsforum in Davos
Estlands Premier Ansip bei Bundeskanzler Faymann
Spindelegger: Österreich-China-Jahr für Schub in Beziehungen nützen

WIRTSCHAFT

Moody´s bestätigt Österreichs Triple-A-Rating – mit stabilem Ausblick
Wifo: Österreichs Wirtschaft wächst bis 2015 um 2,2 % pro Jahr
Exporte stiegen 2010 um 16 Prozent

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Biennale Venedig: Schmied und Schlegel präsentieren Markus Schinwald
Medienstaatssekretär Ostermayer zur Wiederaufnahme des Presserates
Spindelegger und Ostermayer zum internationalen Holocaust-Gedenktag
Neuregelung des Uni-Zugangs
3raum-anatomietheater: Hubsi Kramars „Wiener Blut“ nur scheinbar lustig

SPORTPOLITIK

„Servicestelle Wintersportwochen“ zur Belebung der Schulskikurse errichtet
Behindertensportlerin Claudia Lösch holt insgesamt fünf WM-Medaillen
Sportminister Darabos gratuliert Benjamin Karl zu Doppelgold bei WM
TRWR triumphiert im Charity-Slalom

IMPRESSUM
Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressedienst. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; http://www.bundeskanzleramt.at; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressedienst-Wien.

.

INNENPOLITIK

100 Jahre Bruno Kreisky: Festakt in der Wiener Hofburg

Höhepunkt der Gedenkfeierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Bruno Kreisky (22. Jänner 1911) war ein Festakt im Redoutensaal der Wiener Hofburg, zu dem Bundeskanzler Werner Faymann am 21. Jänner geladen hat. Unter den rund 600 hochrangigen Gästen aus dem In- und Ausland befanden sich neben Bundespräsident Heinz Fischer und Vertretern aus heimischer Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst der tschechische Außenminister Karl Schwarzenberg sowie die ehemaligen Premiers von Finnland und Spanien, Paavo Lipponen bzw. Felipe González.

Faymann unterstrich in seiner Festrede den Auftrag, Kreiskys Erbe zu bewahren. Er erinnerte an den „Menschen Bruno Kreisky, an den Politiker, Staatsmann, Weltbürger, an den Demokraten, Staatssekretär, Außenminister und selbstverständlich an den Bundeskanzler Bruno Kreisky“. Kreisky, ein ausgewiesener Patriot, habe den Staatsvertrag mitverhandelt und „für Österreich gelebt und gelitten“, so Faymann.

Der Bundeskanzler würdigte Kreiskys „ungeheuren Elan und umfassenden Reformeifer“, etwa in den Bereichen Familien- und Strafrecht, Gleichstellung der Frauen, Gesundheit, Landesverteidigung oder Demokratie.

Ein besonderes Augenmerk legte Faymann in seiner Rede auf Kreiskys Reformen im Bildungsbereich. Gerade hier gelte es, dessen Erbe zu bewahren: Kreisky habe die Unis für alle geöffnet und soziale Barrieren abgebaut, etwa durch den Wegfall der Studiengebühren, die Abschaffung der Aufnahmeprüfung für Gymnasien, die Einführung von Gratis-Schulbüchern und Schülerfreifahrt. 40 Jahre danach dürfe man die Türen nicht wieder zumachen, sondern müsse ganz im Geiste dieses großen Bildungsreformers heute mehr denn je danach trachten, allen jungen Menschen die gleichen Chancen zu bieten, um in einer globalisierten Welt entsprechend gerüstet zu sein – „aber nicht von der Gesellschaft allein gelassen, sondern gestützt durch ein starkes soziales Netz“, appellierte Faymann. Wie kein anderer habe Kreisky gewusst: „Ohne soziale Balance kein Friede und keine Freiheit, ohne soziale Balance keine moderne Gesellschaft.“

Faymann hob auch Kreiskys internationales Engagement, vor allem im Nahen Osten, hervor, das immer von der Vision des Dialogs und der Verständigung zwischen Israel und der arabischen Welt geprägt gewesen sei.

Neujahrsempfang der Bundesregierung

Unter dem Motto „das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen“, ist die Bundesregierung am 19. Jänner erstmals mit einem gemeinsamen Empfang in das neue politische Jahr gestartet. Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzminister Josef Pröll begrüßten im Festsaal der Wiener Hofburg rund 1.500 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik – darunter Bundespräsident Heinz Fischer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Medien sowie Repräsentanten der Religionsgemeinschaften, Sozialpartner und Interessenvertretungen.

Österreich nehme innerhalb Europas in vielen Sektoren eine Spitzenposition ein, betonte Faymann in seiner Rede: „Wir gehören zu den Ländern mit der höchsten Beschäftigungsquote und der geringsten Arbeitslosigkeit“, so Faymann. Es sei Aufgabe der Regierung, dass dies auch im kommenden Jahrzehnt so bleibe – aber immer unter der Maxime einer gerechten Verteilung. In den Fokus rückte der Bundeskanzler Reformen in den Bereichen Bildung, Pflege und Verwaltung. Auch das Bundesheer benötige neue zeitgemäße Strukturen zur Bewältigung unverzichtbarer Aufgaben wie Katastrophenschutz oder friedenssichernde internationale Einsätze, unterstrich Faymann.

In einer kurzen Bilanz über das vergangene Jahr verwies er auf den großen gemeinsamen Einsatz, um Österreich einen Aufschwung nach der Krise zu ermöglichen. Unter anderem sei es gelungen, Arbeitsplätze zu sichern, die Konjunktur anzukurbeln und eine Steuerreform zu beschließen, erklärte der Bundeskanzler.

Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz für mehr Einkommenstransparenz

Der Nationalrat verabschiedete am 20. Jänner eine Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz, wonach Unternehmen zur anonymisierten Offenlegung der Gehälter von Frauen und Männern verpflichtet werden.

ÖsterreicherInnen bei Freiwilligenarbeit im europäischen Spitzenfeld

Die ÖsterreicherInnen liegen bei ehrenamtlichem Engagement im europäischen Spitzenfeld. 43,8 % der über 15-Jährigen leisten unbezahlte Arbeit. Im EU-Schnitt sind es nur 23 %. Damit erbringen drei Millionen ÖsterreicherInnen rd. 14,7 Millionen Stunden Freiwilligenarbeit pro Woche und stehen im Zentrum des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit. Zur rechtlichen Mindestabsicherung soll noch heuer ein neues Gesetz beschlossen werden.

EUROPA INTERNATIONAL

Regierungsspitze bei Weltwirtschaftsforum in Davos

Österreich bemühte sich beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos (26. bis 30. Jänner) vor allem um einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den boomenden Staaten der Schwarzmeer-Region und Zentralasiens. Bundeskanzler Werner Faymann und Außenminister Michael Spindelegger luden am zweiten Tag der internationalen Konferenz zu einem Treffen mit hochrangigen Politikern und Managern, bei dem sich Österreich als Drehscheibe für westliche Investitionen in den ehemaligen Sowjetrepubliken präsentierte.

Unter den Teilnehmern des Zentralasien-„Luncheon“ waren etwa die Präsidenten der Ukraine und Aserbaidschans, Viktor Janukowitsch und Ilham Aliyev (Alijew), der kasachische Ministerpräsident Karim Massimov sowie OECD-Generalsekretär Angel Gurria. Gekommen waren auch der Verwaltungschef des weltgrößten Nahrungsmittelkonzerns Nestlé, Peter Brabeck-Letmathé, voestalpine-Chef Wolfgang Eder und Siemens-Europachefin Brigitte Ederer.

Bundeskanzler Faymann betonte, wie wichtig es sei, nach der Finanzkrise auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzukehren. Nötig wären dazu die Reduktion der Rohstoffabhängigkeit, Investitionen in Bildung und Infrastruktur, die Modernisierung der Industrie sowie die Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe. Ständiger politischer Dialog und enge wirtschaftliche Kooperation zwischen den Regionen könnten dazu beitragen, dieses auch sozialpolitisch wichtige Ziel rascher zu erreichen.

Faymann wies darauf hin, dass auch österreichische Firmen ihr Know-How im Straßen- und Schienenbau, im Tourismus oder bei erneuerbaren Energien und Umwelttechnologie in Zentralasien zur Verfügung stellen könnten. Umgekehrt würden Österreich und Europa profitieren, wenn künftig mehr Gas aus Zentralasien über die geplante Nabucco-Pipeline geliefert werde. Das Nabucco-Projekt sei für Europa von strategischer Bedeutung, weil es die Energiesicherheit erhöhe, so Faymann. Der Bundeskanzler unterstrich in Davos auch die Bedeutung von Demokratie und Reformprozessen in der Region.

Ein Davos-Regionalgipfel in der Wiener Hofburg Anfang Juni soll die Zusammenarbeit mit der Region forcieren. Erwartet werden rund 500 Teilnehmende.

Bei dem Treffen in Davos wurde ein OECD-Bericht vorgestellt, worin die großen Wachstumschancen in Zentralasien hervorgehoben werden: Die Region habe in den letzten Jahren ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 8 % aufgewiesen, die ausländischen Investitionen hätten sich verachtfacht.

Faymann führte in Davos auch ein Gespräch mit der Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey. Erörtert wurden unter anderem die nötigen Lehren aus der Wirtschaftskrise, insbesondere im Bereich einer Regulierung der Finanzmärkte. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ (28. Jänner) drängte der Bundeskanzler auf eine rasche Entscheidung über die Ausgestaltung des Euro-Rettungsschirmes und gab seiner Hoffnung Ausdruck, in der EU auch Deutschland für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu gewinnen. Bei den Sparprogrammen der Länder sei auf die soziale Balance zu achten, so Faymann.

Estlands Premier Ansip bei Bundeskanzler Faymann

Estlands Premierminister Andrus Ansip ist am 21. Jänner in Wien mit Bundeskanzler Werner Faymann zu einem Arbeitsgespräch zusammengetroffen. Erörtert wurden Estlands Erfahrungen mit der Einführung des Euro per 1. Jänner 2011 bzw. deren Auswirkungen auf die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Eurozone und in der EU. Ansip bedankte sich bei Faymann für Österreichs Unterstützung bei der Währungsumstellung und betonte die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen.

Weitere Gesprächsthemen waren im Hinblick auf den Europäischen Rat am 4. Februar Fragen der Energieversorgung, die Finanztransaktionssteuer, der Euro-Rettungsschirm – ein diesbezüglicher Gesetzesbeschluss Estlands ist noch ausständig – sowie die gute Kooperation zwischen estnischen und österreichischen Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Spindelegger: Österreich-China-Jahr für Schub in Beziehungen nützen

Außenminister Michael Spindelegger will das Jubiläumsjahr 2011 für einen weiteren „Schub“ in den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und China nützen. Österreich und China feiern heuer das 40-jährige Bestehen ihrer diplomatischen Beziehungen. Man wolle vor allem die Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur weiter ausbauen, so Spindelegger in einer Aussendung am 19. Jänner. Im Februar steht eine China-Visite auf dem Programm.

WIRTSCHAFT

Moody´s bestätigt Österreichs Triple-A-Rating – mit stabilem Ausblick

Die Ratingagentur Moody´s hat am 20. Jänner das Triple-A-Rating der Republik Österreich bestätigt. Bereits im Dezember hatte auch die Agentur Standard & Poor´s Österreichs Kreditwürdigkeit mit der höchsten Bonität als „zuverlässiger und stabiler Schuldner“ bewertet. Der Ausblick auf die künftige Entwicklung wurde von beiden Agenturen ebenfalls mit „stabil“ beurteilt. Österreich bekomme die Bestnote wegen seiner wirtschaftlichen Stärke aufgrund qualifizierter Arbeitskräfte und eines konkurrenzfähigen Exportsektors. Dies habe Österreich geholfen, in den vergangenen Jahren stärker zu wachsen als der europäische Durchschnitt, erklärte Kathrin Muehlbronner, Analystin bei Moody´s.

Obwohl Österreich mit 48 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eine der höchsten Abgabenquoten der EU aufweise, sei die Regierung im Stande, die negative Schuldendynamik umzukehren. Schon früher seien „sehr niedrige Budgetdefizite“ über längere Zeiträume erreicht worden, so Muehlbronner.

Die Banken hätten ihre Vorsorgen erhöht und seien nunmehr adäquat kapitalisiert. Moody´s zufolge könnten die Kreditinstitute allfällige Verluste selbst tragen. Es zeichne sich nicht ab, dass staatliche Gelder fließen müssten.

Die neuen Stresstests für Europas Banken sollen nach dem Willen der Politik nun allerdings „robuster und glaubwürdiger gestaltet“ werden, betonte EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier am 18. Jänner in Brüssel. Dafür zuständig ist die neue europäische Bankenaufsicht EBA. Österreichs Finanzminister Josef Pröll steht zu „hundert Prozent“ hinter den neuen Banken-Stresstests, die im Frühsommer 2011 umgesetzt sein sollten. Dabei soll auch die Liquidität der Institute gemessen werden.

Wifo: Österreichs Wirtschaft wächst bis 2015 um 2,2 % pro Jahr

Die heimische Wirtschaftsleistung werde bis 2015 im Durchschnitt um 2,2 % pro Jahr steigen, geht aus der jüngsten Mittelfrist-Konjunkturprognose des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) hervor, die am 24. Jänner präsentiert wurde. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt werde sich jedoch nicht entspannen, so Wifo-Experten. Grund sei der Anstieg des Arbeitskräfteangebots. Die Arbeitslosenquote (nach österreichischer Berechnung) werde in den nächsten Jahren durchschnittlich bei 6,8 % liegen.

Die Wirtschaft wächst jedenfalls stärker als in den Jahren davor: Zwischen 2005 und 2010 stieg das BIP real um durchschnittlich 1,5 %, von 2000 bis 2005 um 1,6 %.

Relativ zuversichtlich sind die Wirtschaftsforscher, was den Verlauf der Staatsschulden angeht. Der Schuldenstand wird sich weiter erhöhen: 2011 beträgt das Budgetdefizit 3,1 % des BIP, die Neuverschuldung hingegen verlangsamt sich bis 2015 auf 1,8 % des BIP. Nötig seien aber dafür grundlegende Strukturreformen im Gesundheitswesen und in der öffentlichen Verwaltung sowie bei der Staatsorganisation und den Förderungen, heißt es.

Die wirtschaftliche Erholung nach der schweren Rezession 2008 habe Mitte 2009 begonnen. Die positive Entwicklung der österreichischen Exporte resultiere auch aus der expansiven Geld- und Fiskalpolitik in den großen Wirtschaftsräumen und der raschen Erholung in den Schwellenländern, so das Wifo.

Die Beschäftigung wird laut Wifo jährlich um 0,6 % zunehmen. Da aber das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot etwa gleich schnell wachse, sei vor 2014 mit keiner weiteren Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechen.

Die Bundesregierung habe die „Basis für Jahre des Aufschwungs gelegt“, zeigte sich Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner über die jüngste Wachstumsprognose zufrieden. Finanzstaatssekretär Andreas Schieder erwartet nun „dauerhaft gute Konjunkturdaten“, die Prognose sei Ansporn für die Regierung, „die Arbeit entsprechend fortzusetzen“.

Exporte stiegen 2010 um 16 Prozent

Die österreichische Wirtschaft hat 2010 um 16 % mehr exportiert als im Jahr davor – weit mehr als noch zu Jahresbeginn 2010 vorausgesagt worden war. Laut Wirtschaftskammer (WKO) sollen zwei Jahre nach Ausbruch der Krise wieder zweistellige Zuwachsraten pro Jahr erwirtschaftet werden. Für heuer wird ein Anstieg der heimischen Ausfuhren um 10,5 %, für 2012 um weitere 9,1 % angepeilt.

„Der Export ist vom lahmenden Gaul wieder zum running horse geworden“, erklärte WKO-Chef Christoph Leitl am 25. Jänner. Der Exportzuwachs habe über 100.000 neue Jobs geschaffen. Nach vorläufigen Zahlen haben Österreichs Unternehmen 2010 Ausfuhren im Wert von 108 Mrd. Euro getätigt (+16 % gegenüber 2009 mit 93,7 Mrd. Euro). Heuer soll der Höchststand von 2008 (117 Mrd. Euro) deutlich übertroffen werden.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Biennale Venedig: Schmied und Schlegel präsentieren Markus Schinwald

Kulturministerin Claudia Schmied hat die renommierte Künstlerin und Kuratorin Eva Schlegel, die selbst zweimal als Künstlerin in Venedig vertreten war, zur Kommissärin der 54. Biennale di Venezia 2011 bestellt. Schlegel ist seit Juni 2008 Vorsitzende des Universitätsrats an der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz.

Sie hat nun einen jungen Künstler ausgewählt, den österreichischen Beitrag zu gestalten: Markus Schinwald. Er ist 1973 in Salzburg geboren und lebt und arbeitet heute in Wien und Los Angeles. „Markus Schinwald hat vorwiegend im Ausland - u.a. in Zürich, Frankfurt, Brüssel und Budapest - erfolgreich komplexe Installationen in verschiedenen Museen und Kunstinstitutionen realisiert und kann auf ein umfangreiches Oeuvre zurückgreifen. In seinen Arbeiten verbindet er performative mit bildnerischen, skulpturalen, filmischen und architektonischen Elementen. Subtil spürt Markus Schinwald Dispositiven der Kontrolle, Disziplinierung und Selbstkorrektur nach. Sie schreiben sich in den menschlichen Körper ein, formen, durchdringen ihn und werden als psychologisch aufgeladene Innenwelten wieder an der Körperoberfläche sicht- und spürbar“, begründet Kommissärin Eva Schlegel ihre Wahl.

Schinwalds Arbeiten gehen über die visuelle Wahrnehmung hinaus und verdichten jenen Moment, in dem die rationale Verfügbarkeit über den Körper erlischt. Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Überarbeitungen der teilweise auf Auktionen ersteigerten bzw. in Antiquitätenläden oder auf Flohmärkten erworbenen Porträts und Lithografien des 19. Jahrhunderts: Der Künstler gleicht seine Eingriffe dem Original stilistisch so sehr an, dass man den Eindruck hat, sie seien schon immer vorhanden gewesen.

„Ich freue mich, dass die Wahl mit Markus Schinwald auf einen herausragenden Künstler der jüngeren Generation gefallen ist. Er ist ein vielseitiger Künstler, der mit seinen Performances, Filmen und Skulpturen ebenso zu überzeugen vermag wie mit seiner Malerei und seinen Installationen. Ich vertraue darauf, dass die Arbeit von Markus Schinwald für den österreichischen Pavillon hohe Reputation für Österreich in der Kunstwelt erzeugen wird“, so Kulturministerin Claudia Schmied.

In seinem Beitrag zur Biennale di Venezia 2011 setzt sich der Künstler mit dem von Josef Hoffmann 1934 geschaffenen österreichischen Pavillon, einem der markantesten Gebäude in den Giardini, und dessen Umgebung auseinander. Im Kontext von Bice Curigers Generalthema ILLUMInations verhandelt Schinwald die Darstellung und Manipulation von Raum, Zeit, Licht und Schatten. Er verändert nicht nur die Erfahrung des Raums durch ein Moment der Störung zwischen Sichtbarem und Verborgenem, sondern belässt und thematisiert auch Architektur und Geschichte des Pavillons in all ihren Brüchen, Rissen und Fehlstellen. Schinwald zieht eine eigene Architektur in den Josef-Hoffmann-Pavillon ein, eine zweite Ebene mit einem labyrinthartigen Keller und mehreren Gängen. Dies soll das „soziale Klima Österreichs mitreflektieren“.

Um die Diskussion über die zu einem medialen Großereignis gewordene Kunstbiennale Venedig zu bereichern, kann man ab 26. Jänner im Abstand von zwei Wochen neun Interviews mit international bekannten KünstlerInnen, MuseumsdirektorInnen, KuratorInnen, ArchitektInnen und KritikerInnen, SammlerInnen und GaleristInnen auf www.labiennale.at lesen. Diese von Eva Schlegel initiierte Videoplattform trägt den Titel „Approaching Venice“ („Annäherung an Venedig“).

Medienstaatssekretär Ostermayer zur Wiederaufnahme des Presserates

Der Österreichische Presserat hielt kürzlich seine feierliche Eröffnungsveranstaltung in den Wiener Börsesälen ab, zu der ca. 200 Gäste, vorwiegend Vertreter der österreichischen Medienbranche, erschienen waren. Die Festvorträge hielten Irene Neverla, Professorin für Journalistik an der Universität Hamburg, David Barstow, Journalist der New York Times und zweifacher Pulitzer-Preisträger, Baroness Peta Buscombe, Leiterin der englischen Press Complaints Commission und Lutz Tillmanns, Geschäftsführer des deutschen Presserates.

Nach Ansicht von Neverla benötigt Journalismus professionelles Handwerk, profundes Wissen, Verantwortlichkeit und Zivilcourage. Problematische Fälle der öffentlichen Berichterstattung müssen in Ruhe mit institutioneller und professioneller Unterstützung betrachtet werden. Dafür sei der Presserat wichtig.

Barstow beschäftigte sich in seiner Rede mit den Vorfällen rund um Wikileaks, die eine Grundsatzdiskussion über investigativen Journalismus ausgelöst haben. In Amerika, aber auch in Europa überlege man nun, neue Gesetze einzuführen, die die journalistische Arbeit einschränken. Die Diskussion über Pressefreiheit und Geheimnisschutz habe eine neue Dimension erreicht.

Buscombe und Tillmanns begrüßten in ihren Festvorträgen, dass es in Österreich wieder eine Selbstkontrolleinrichtung der Printmedien gebe. Sie sind der Überzeugung, dass sich Presseräte in demokratischen Gesellschaften bewährt hätten und freuen sich auf die Zusammenarbeit mit dem wiedergegründeten Österreichischen Presserat.

Franz C. Bauer, Präsident des Österreichischen Presserates, meinte: „Eine von allen Beteiligten getragene Selbstkontrolle ist eine der wichtigsten Bedingungen für Presse- und Meinungsfreiheit. Das Fehlen einer solchen funktionierenden Selbstkontrolle zählt zu den gefährlichsten Voraussetzungen für die Schaffung einer Fremdkontrolle. Wohin diese dann führt, zeigt das warnende Beispiel des derzeitigen EU-Vorsitzlandes Ungarn."

Erfreut zeigte sich Medienstaatssekretär Josef Ostermayer anlässlich der Eröffnungsveranstaltung des Österreichischen Presserates und gratulierte zur Wiederaufnahme „unter neuen Vorzeichen. Eine Demokratie verlangt Instrumente. In diesem Zusammenhang ist der Presserat für die Selbstkontrolleinrichtung der Printmedien ein wichtiges Organ", so Ostermayer: „Ich freue mich, dass ich beim Zustandekommen des Österreichischen Presserates etwas beitragen konnte."

Wichtig sei es, anzuerkennen, dass das Prinzip der Selbstregulierung auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhe. Nur so könne sichergestellt werden, dass die redaktionelle Qualitätssicherung sowie die Gewährleistung der Pressefreiheit gewahrt werde. Gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse in Ungarn sei Selbstkontrolle von größter Bedeutung.

Bereits im November 2010 wurde - auf Einladung von Staatssekretär Ostermayer und Justizministerin Bandion-Ortner - das Thema Pressefreiheit im Rahmen einer Fachtagung gemeinsam mit Experten diskutiert. „Daran zeigt sich, wie wichtig mir dieses Thema ist", so Ostermayer. Gesetzliche Adaptierungen sollten mit der für 2011 geplanten Novelle des Mediengesetzes folgen.

„Wir leben in einem Kommunikationszeitalter, in dem der Umgang mit Informationen und deren Verbreitung von höchster Sensibilität ist und allen eine große Verantwortung abverlangt. Der vom Presserat erstellte Ehrenkodex bildet diese Verantwortung in umfassender Weise ab", so Ostermayer abschließend.

Spindelegger und Ostermayer zum internationalen Holocaust-Gedenktag

Am 27. Jänner, dem Internationalen Holocaust-Gedenktag, hat Außenminister Michael Spindelegger unterstrichen, dass das Wissen um die ungeheuren historischen Verbrechen der Nazimachthaber allein nicht ausreiche. „Wir müssen auch die Konsequenzen für unser heutiges Handeln ziehen: Antisemitismus und Rassismus muss entschieden entgegengetreten werden, wo auch immer sie auftreten. Diskriminierung von Minderheiten, wie etwa die Behandlung von Roma und Sinti, dürfen nicht stillschweigend hingenommen werden. Wenn wir dem Gedenken an die Opfer von damals gerecht werden wollen, so kann dies nur durch entschiedenes Auftreten gegen heutiges Unrecht geschehen", betonte Spindelegger. Der Holocaust als unvergleichliches Verbrechen dürfe sich nie wiederholen. „Voraussetzung ist, dass wir uns der Gräueltaten erinnern und ihrer bewusst sind und dass wir - wie auch Simon Wiesenthal immer betonte - für Aufklärung und Gerechtigkeit eintreten".

Am 66. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die sowjetische Armee erinnerte der Außenminister daran, dass sich unter den Menschen, die dort unter unvorstellbaren Qualen ermordet wurden, auch zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher befanden: 11.000 Jüdinnen und Juden, mehr als 2.000 Roma und Sinti sowie eine unbekannte Zahl aus politischen, religiösen und anderen Gründen Verfolgter. „Für die Gräueltaten des NS-Regimes kann es keine Wiedergutmachung geben. Wir sehen das Gedenken aber als Verpflichtung an, alles daran zu setzen, um Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Minderheiten in Zukunft zu verhindern".

Staatssekretär Josef Ostermayer sagte zum Holocaust-Gedenktag: „Ich möchte diesen Tag zum Anlass nehmen, der Opfer des NS-Regimes zu gedenken. Jenen, die durch dieses mörderische und menschenverachtende Regime verfolgt, gefoltert, entrechtet und ermordet wurden. Wir müssen heute dafür Sorge tragen, dass diese Taten und ihre Folgen in Erinnerung bleiben. Wir müssen alles unternehmen, damit das Gedenken an diese grauenvollen Ereignisse nicht in Vergessenheit gerät. Im Besonderen gilt es, dieses Wissen an die jüngeren Generationen weiterzugeben".

Gerade gegenüber jungen Menschen sei es wichtig zu betonen, dass Werte wie Demokratie und Freiheit, aber auch materieller Wohlstand, erst errungen und dann bewahrt werden müssten und keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellten. Vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es von Bedeutung, besonders wachsam zu sein, um ver-

hetzenden und demagogischen Versprechungen und Parolen entgegenzutreten.
„Österreich hat die Folgen der Wirtschaftskrise gut gemeistert und damit den sozialen Zusammenhalt gefestigt. Dennoch müssen wir immer wieder erneut auf die Gefahren menschenverachtender Ideologien und Regime aufmerksam machen und den Mut haben, diesen mit Entschlossenheit entgegenzutreten“, so der Staatssekretär abschließend.

Neuregelung des Uni-Zugangs

Der Ministerrat hat am 18. Jänner ein Gesetz beschlossen, wonach die Studieneingangsphase verschärft werden soll. Demnach müssen künftig in der Studieneingangsphase mindestens zwei Prüfungen stattfinden. Ein Student darf maximal zwei Mal zu diesen Prüfungen antreten, bei Nicht-Bestehen wird er für dieses Studium an dieser Universität gesperrt. Die Neuregelung soll mit kommendem Wintersemester in Kraft treten. Sie ist bis 30. September 2014 befristet, dann soll ein Modell für eine Studienplatzfinanzierung ausgearbeitet sein.

3raum-anatomietheater: Hubsi Kramars „Wiener Blut“ nur scheinbar lustig

Bei den Wiener Landtagswahlen im Oktober 2010 kam die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) auf 25,77%. Mit Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache wurde das Ergebnis der Wien-Wahl 2005 deutlich übertroffen.
Die FPÖ hatte u.a. mit einem großflächigen Plakat geworben: „Mehr Mut für unser ‚Wiener Blut’“. Mit dem Zusatz: „Zu viel Fremdes tut niemandem gut“. Bundeskanzler Werner Faymann reagierte damals vehement: „Er will uns weismachen, das habe mit Operette zu tun – dabei ist es ein weiterer plumper Versuch, die Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Das ist so tief, tiefer geht’s nicht mehr“.
Diese Ausgangslage haben sich „daskunst“ und „Theater SHOWinisten“ - Asli Kislal und Hubsi Kramar - im Wiener 3raum-anatomietheater vorgenommen, um „Wiener Blut oder ‚Oper-rette sich wer kann’“ zu inszenieren – in drei Akten und 21 Unterbrechungen, die sich auf hintergründige Weise Migrations- und Integrationsfragen nähern.
Im Jahr 2015 feiert die Freiheitliche Regierung ihren ersten Jahrestag. Die blonde Moderatorin des FOR (Freiheitlichen Österreichischen Rundfunks) berichtet von der zunehmend erfolgreichen Gleichschaltung. Nur österreichische Identität ist erwünscht. Österreich hat endlich wieder eine Theaterpolizei, die zum Wohle des Publikums alles Andersartige mit Migrationshintergrund-Akzent von der Bühne abführt, zum AMS schickt oder gleich abschiebt – nur wohin ist die Frage bei in Österreich geborenen „gebürtigen Ausländern“. Die daskunst-SchauspielerInnen ließen sich nicht abschieben und sind vom Arbeitsamt wieder auf die Bühne geflüchtet. Sie bekommen ein „Integrationspaket“, bestehend aus einem Kostüm, einem Textbuch und einer „Wiener Blut“-DVD, der Operette von Johann Strauß. Für ihre Integration auf österreichischen Bühnen sind ein Walzerkurs, Gesangsstunden und eine brillante Darstellung in der Strauß-Operette von Nöten, wobei sie gehörig mit dem Libretto von Victor Léon und Leo Stein kämpfen.
Während im Vordergrund die Proben zur Operette beginnen, greift von der Wand immer wieder energisch das wachsame Auge des Staates ein. Wird es multikulturell, ertönt sogleich: „Aufhean!“ Wird es schmalzig, dann scheint das Gesicht von Big Sister in Wonne zu zerfließen. Eine weitere Anzeige gibt darüber Aufschluss, ob die Theaterkost gerade staatskonform ist oder nicht. Je nach Leistung wandert hier ein nervöser Zeiger von „Subvention“ über „arbeitslos“ bis zu „Abschiebung“. Die Schauspielerinnen und Schauspieler beobachten den Zeiger ängstlich und versuchen sofort „günstig“ zu reagieren und ihr Spiel und ihren Gesang entsprechend zu ändern.
Die titelgebende Strauß-Operette, deren Text durch den Kakao gezogen wird, dient nur teilweise als Angelpunkt, um unterschiedliche Aspekte der Integrationsdebatte durchzuspielen. Einen Höhepunkt der kurzweiligen zwei Stunden bildet eine TV-Talkrunde zum Thema „Blut“. Gäste sind u.a. ein Vampir, eine Genetikerin, ein Hepatitis C-Virus („Ich mache keine Unterschiede, ich infiziere alle!“) oder ein „gemeines Wiener Blutkörperchen“; nur der „Quotenmoslem“ sitzt still am Rand. Durch das Stück flirren auch Anspielungen auf Barack Obama (“Yes, we can!“) oder den Soulsänger Aloe Blacc. Ernst gerät eine Spoken Word Performance von Blair Darby. Während dieser kurz zuvor noch in einem Käfig mit der Überschrift „Völkerschau“ schuhplattelt, gerät sein von düsteren Klängen begleiteter Vortrag zu einem der akklamierten Höhepunkte des Abends. An dessen Ende meldet sich die FOR-TV-Moderatorin wieder zu Wort: Die Gleichschaltung sei so total, die Gesellschaft hiermit so reibungslos und fad, dass die Minoritäten, z.B. die türkische, gefälligst wieder ihre angestammte Identität pflegen sollten. Alle 18 Schauspielerinnen und Schauspieler sind beeindruckend, wobei noch Lucy McEvil durch erotische Ausstrahlung und ihren Gesang hervorsticht. www.3raum.or.at

SPORTPOLITIK

„Servicestelle Wintersportwochen“ zur Belebung der Schulskikurse errichtet

Österreich ist nach wie vor die Skination Nummer Eins. Um unsere Spitzenwintersportler muss uns nicht bange sein, doch gerade unsere Jüngsten laufen mittlerweile Gefahr, unseren Nationalsport Nummer Eins gar nicht mehr zu erlernen. Die Zahl der angebotenen Schulskikurse geht nämlich dramatisch zurück.
Aus diesem Grund haben sich Sport, Schule und Wirtschaft ein gemeinsames Ziel gesteckt: Wintersportwochen müssen wieder attraktiver gemacht werden – und zwar für Schüler, Lehrer und Eltern. Die neue „Servicestelle Wintersportwochen“ bietet ab sofort Informationen und Angebote rund um das Thema Wintersportwochen und soll neue Impulse geben.
Sportminister Norbert Darabos, Bildungsministerin Claudia Schmied, Skiverband-Präsident Peter Schröcksnadel und die WKÖ haben ein zukunftsträchtiges Modell zur Belebung der schulischen Wintersportwochen („Schulschikurse“) entwickelt. Man setzt dabei auf gutes Teamwork zwischen Sport, Schule und Wirtschaft.
Schon im Vorjahr war auf Einladung von Sportminister Darabos ein „Runder Tisch“ zum Thema Wintersportwochen einberufen worden, an welchem die aktuelle Entwicklung schonungslos diskutiert wurde. Nun nimmt die neu geschaffene „Servicestelle Wintersportwochen“ ihre Tätigkeit auf. Sie bietet Schulen, Eltern und SchülerInnen ein umfangreiches Service rund um die Organisation von Wintersportwochen. Darüber hinaus sollen durch die Initiative in den kommenden Jahren Anreize gesetzt werden, um wieder mehr Schulklassen auf die Piste zu bringen. Das Projekt wird von Sportministerium, Unterrichtsministerium, der Wirtschaftskammer Österreich, dem Verein Interski Austria, dem Österreichischen Skiverband und der „Allianz Zukunft Winter“ getragen.
„Bei Wintersportwochen sammelt man oftmals die allerersten Erfahrungen mit Österreichs Wintersport Nummer Eins und das ist auch die Basis für die sportlichen Erfolge unseres Landes“, meint Sportminister Darabos. „Wintersportwochen sind ein einzigartiges Erlebnis für Schülerinnen und Schüler, bei dem man seine persönlichen Grenzen kennen lernt und sportlich herausgefordert wird.“
Bildungsministerin Claudia Schmied betont den pädagogischen Mehrwert von Wintersportwochen: „Die Teilnahme an einer Wintersportwoche steigert bei Jugendlichen das Selbstwertgefühl. Gemeinsame Aktivitäten, Abenteuer und Erlebnisse stärken das Gruppengefühl und die Klassengemeinschaft“.
In das selbe Horn stößt auch ÖSV-Präsident Peter Schröcksnadel: „Wir wollen erreichen, dass wieder jedes Kind zumindest einmal während seiner Schulzeit an einer Wintersportwoche teilnehmen kann. Die Bedeutung der Wintersportwochen für die Volkswirtschaft, und für die Gesundheit kann gar nicht genug betont werden“.

Behindertensportlerin Claudia Lösch holt insgesamt fünf WM-Medaillen

Nicht weniger als fünf Medaillen, dreimal Silber, zweimal Bronze, gewann die zweifache Paralympics-Siegerin Claudia Lösch bei den Alpinen Skiweltmeisterschaften in Sestriere. Zu dieser großen Leistung gratulierte auch Sportminister Norbert Darabos der 22-jährigen Niederösterreicherin.

Sportminister Darabos gratuliert Benjamin Karl zu Doppelgold bei WM

Benjamin Karl ist nicht zu bremsen. Bei der Snowboard-WM in La Molina (Spanien) holte der niederösterreichische Heeressportler sowohl Gold im Parallel-Riesentorlauf als auch im Slalom. Der Olympiazweite des Vorjahres setzte sich in beiden Bewerben in beeindruckender Manier durch. Sportminister Norbert Darabos gratulierte dem 25-jährigen ÖSV-Athleten sowie den anderen Medaillengewinnerinnen (Claudia Riegler und Doris Günther) zu ihrem hervorragenden Abschneiden. „Die Erfolge im Snowboarden zeigen, wie breit Österreich im Wintersport aufgestellt ist.“

TRWR triumphiert im Charity-Slalom

„Wir sind Sieger“ lautet das Motto vom TEAM-ROT-WEISS-ROT (TRWR), der Plattform der Spitzensportförderung des Sportministeriums. Und diesem Motto wurden unsere Athletinnen und Athleten wieder einmal vollauf gerecht. Im Vorfeld des Nightrace in Schladming konnte das TRWR beim Charity-Slalom der österreichischen Sporthilfe in einem großen Starterfeld von 26 Mannschaften den ersten Platz erringen.
Dementsprechend groß war der Jubel bei Sabrina Filzmoser (Judo), Elisabeth Pauer (Speerwerfen), Christan Schopf (Naturbahnrodeln) und Martin Weiß (österreichisches Faustball-Nationalteam). Der Erlös dieser Veranstaltung dient, wie in den Jahren zuvor, einem guten Zweck.